



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Notiz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Und gerade so ermangelte die Nachtschnatürlichkeit des Fräulein von Mockritz, wenn der übergelückliche Bräutigam sich dessen auch nicht klar bewußt war, schon einigermaßen jenes sympathischen Zaubers, ohne den die erquickende Frische des Brautstandes rasch in die trockne Glut eines Sommertages, dem der Morgenthau fehlte, umschlägt.

Übrigens hatte Fräulein von Mockritz Sorge getragen, daß dem Dekorum schuldige Rücksichten gezoilt wurden. Schon an ihrem Verlobungsabend war ihrerseits ihre Wiederübersiedelung in die Villa Mockritz angeregt und bald darauf ins Werk gesetzt worden.

Tags darauf hat Berthold seine künftige Schwiegermutter brieflich um die Hand ihrer Tochter, und der Fabrikant fügte seinerseits dasjenige hinzu, was Frau von Mockritz über die sehr erfreulichen Vermögensverhältnisse ihres Schwiegersohnes zu erfahren berechtigt war.

(Fortsetzung folgt.)



Notiz.

Aus Schwaben. Das neue Jahr hat in Schwaben mit einigen Bewegungen im Parteileben begonnen, die mit Recht ein gewisses Aufsehen gemacht haben. Seit bald zwei Jahrzehnten steht die politische Bewegung des Landes unter dem beherrschenden Gegensatz der Volkspartei und der deutschen Partei, der sowohl durch die Thatsache der Schöpfung des Reichs als durch die mittlerweile sich vollziehenden Verschiebungen des Parteiwesens außerhalb Schwabens bisher nur wenig berührt wurde, mit andern Worten, der Kampf hat sich fast ausschließlich um die nationale Frage gedreht. Nun hat beinahe gleichzeitig eine Schwenkung der deutschen Partei nach links stattgefunden, scheinbar also ein Entgegenkommen der feindlichen Brüder, die sich bis dahin leidenschaftlich bekämpft hatten. Der „Beobachter“, das Organ der Demokratie, ist in die Hände jüngerer Parteigenossen übergegangen und wird seitdem in einem verständigeren, dem Reiche ungleich freundlicheren Sinne geleitet. Von dem früheren exzentrischen Programm ist keine Rede mehr; die Föderativrepublik, die Miliz- und Neutralitätsschwärmerei ist ein überwundener Standpunkt, man möchte die früheren Zeiten am liebsten aus dem Gedächtnis auslöschen und verbittet sich empfindlich jede Erinnerung an die Vergangenheit. Statt des landsmannschaftlichen Krieges gegen Preußen ist loyale Mitwirkung an den Reichsaufgaben zur Lösung geworden.

Die nächste Veranlassung zu dieser Wendung darf wohl in dem Ausfall der letzten Landtagswahlen gesucht werden, bei welchen fast alle Führer der Volkspartei unterlagen. Dieses Schicksal führte zu einer heilsamen Selbstbesinnung. Durch die Fortsetzung ihrer herkömmlichen Art von Polemik und Agitation sah sich die Partei den Boden unter den Füßen weggezogen. Jetzt gilt es das verlorenere Vertrauen wiederzuerobern, und sie glaubt dies durch das Einlenken in

gemäßigtere Bahnen zu erreichen. Dennoch wäre es ungerecht, in dieser veränderten Haltung bloß eine Spekulation auf die Wahlstimmen zu erblicken. Auch dann, wenn sie nur so gemeint wäre, enthielte sie das bezeichnende Eingeständnis, daß das schwäbische Volk, allen Verhehungen zum Trotz, der Sache des Reiches gewonnen ist. Allein man hat in der That keinen Grund, an der Aufrichtigkeit der jetzigen Wortführer zu zweifeln. Die älteren, unbelehrbaren Häupter, welche sich zur Anerkennung des Reiches nicht entschließen konnten und welche in den Großthaten von 1870 nur mit Bitterkeit den Mißerfolg ihrer Partei erblickten, sehen sich von einer jüngeren Generation überholt, die im neuen Reiche heranwächst, die mindestens das Gewordene ehrlich annimmt, die selbst patriotischer Empfindung fähig und die entschlossen ist, den Ruhm der Schwaben nicht fürder in unfruchtbarer, öder Negation zu suchen. Das Geschrei über den Militarismus findet geringen Anhang mehr, seitdem die neuen Heereseinrichtungen sich eingelebt haben und ein Netz von Kriegervereinen sich über das Land ausbreitet, die sich den Stolz ihrer Erinnerungen nicht rauben lassen. Doch mehr als alles andre hat die Wirtschaftspolitik des Kanzlers gewirkt. Unwiderstehlich von dieser ergriffen, kam ein praktischer Sinn zum Durchbruch, und die leidenschaftliche Aneignung gegen den Kanzler war genötigt, sich in Anerkennung zu verwandeln. Schon bei der Zollreform war das abstrakt freiheitliche und folglich freihändlerische Programm des „Beobachters“ nicht durchzuführen. Theoretisch bekannten sich die Parteigenossen zu diesem Programm; sobald sie aber als Kandidaten vor dem Volke standen und um dessen Stimmen warben, fanden sie es rätlich, ihr Interesse für den Schatz der einheimischen Industrie zu beteuern. So kam es, daß bereits damals im Reichstage vereinzelt Übertritte ins Bismarcksche Lager vorkamen; noch bedeutsamer war, daß beim Unfallversicherungsgesetz die Gruppe der süddeutschen Demokraten sich von den Liberalen trennte und für die Regierung stimmte. Auch neuestens ist das Verhalten ihrer Presse zum Krankenkassengesetz ein freundliches und anerkennendes. So ist es denn der Bismarckschen Politik, und zwar wesentlich seiner innern Politik (die man sonst ebenso verfehlt, wie seine auswärtige tadellos zu finden pflegte), gelungen, den Trotz der schwäbischen Catone zu brechen. Den Vorwurf der „Reichsfeindschaft“ können sich diese jüngern Wortführer mit Recht verbitten. Im ganzen sind sie in die Linie der Fortschrittspartei eingerückt, von der sie eben nur jene Sympathie mit der wirtschaftlichen Reformpolitik unterscheidet. In den Militär- und in den sogenannten Freiheitsfragen haben sie sich ganz unter die Fahne Eugen Richters gestellt, und der Führer der Fortschrittspartei wird denn auch im „Beobachter“ neuerdings ungemein gefeiert, als der mächtigsten Redner einer, ja als ein „Trost des Volkes.“ Das Recht einer eignen Existenz besitzt die Gruppe im Grunde nur durch ihre Anhänglichkeit an die württembergische Postmarke und an die andern Reservatrechte, die allerdings neuestens mit ganz besonderm Nachdruck von ihr bekräftigt wird, gleichsam als wolle sie damit ihr Gewissen beschwichtigen für so bedeutende Zugeständnisse an das Reich.

Also eine Art Fortschrittspartei mit partikularistischem Anstrich. Immerhin ein wirklicher Fortschritt gegen früher, aber freilich zugleich ein Beweis dafür, wie notwendig auch fernerhin die Wirksamkeit der deutschen Partei im Lande ist. Es wird gut sein, den Gährungsprozeß, in welchem unsre Demokratie begriffen ist, ganz ungestört sich vollziehen zu lassen und vor allem abzuwarten, wie sich ihre guten Vorsätze in der Praxis, d. h. in den Wahlkämpfen, bewähren werden. Es gehört ein starker Optimismus dazu, sich vorzustellen, daß die nächsten Reichstagswahlen ein erheblich andres Gesicht und eine andre Gruppierung der Gegensätze

zeigen werden als bisher. Bekanntlich hat die Volkspartei bei den Wahlen zum Reichstag stets bessere Aussichten als bei den Landtags- und Gemeinbewahlen. Dieselbe Wählererschaft, die zum Reiche mit kühnem Stolze „oppositionell“ wählt, ist ungleich vorsichtiger, wenn es die Wahl ihrer Vertreter für Land und Stadt gilt. Das schwäbische Volk hat an den demokratischen Führern einen Akt des Ostrazismus geübt, indem es ihnen bei den letzten Landtagswahlen sein Vertrauen verweigerte, hatte sie aber im voraus dadurch entschädigt, daß sie dieselben nach Berlin schickte und mit Führung der schwäbischen Interessen im Reiche betraute. Darin liegt Methode, aber es zeigt doch einen Stand der politischen Reife im Volke, der noch zu wünschen läßt. Eben dieser Gedanke an die nächsten Wahlen hat etwas Beruhigendes, wenn man die gegenwärtige Unsicherheit im Lager der deutschen Partei bemerkt. Ähnliche Schwankungen sind immer dagewesen, sind aber auch noch immer im Augenblick der praktischen Bewährung verschwunden.

Auf einigen Lokalversammlungen der deutschen Partei, und zwar von Persönlichkeiten, die zu den Leitern gehören, ist in auffälliger Weise der liberale Charakter der Partei stark betont, ja sogar die Möglichkeit eines künftigen Zusammenwirkens mit der gemäßigten Demokratie angedeutet worden. Das war nicht bloß durch den Redaktionswechsel am „Beobachter“ veranlaßt und als zuwinkende Erwiederung auf diesen zu verstehen. Es kam vielmehr aus einer Stimmung, die sich schon seit längerer Zeit in einem Teile der Partei aufgesammelt hat und in der Stadt Stuttgart namentlich durch die jüngsten Gemeinderatswahlen wieder bekräftigt wurde, wo die deutsche Partei mit den Konservativen vereinigt siegte, aber Gründe hat, eben diese Allianz nicht zu einer dauernden und allzu engen werden zu lassen. Das sind aber lokale Dinge, die ohne Einfluß auf die Haltung der Partei im ganzen sind. Diese hat sich bis dahin wesentlich in derselben Zusammensetzung und in derselben Richtung bewegt, die ihr bei ihrer Gründung im Jahre 1866 vorgeschrieben waren. Damals entstand sie als eine Vereinigung aller nationalgesinnten Elemente ohne Unterschied der sonstigen Parteistellung: Freischärler vom Jahre 1848 so gut wie der deutschgesinnte Adel, Liberale und Konservative sind auf ihrem Boden zusammengetreten und haben sich bis jetzt im Zusammenwirken für die gemeinsame Sache leidlich vertragen. Die Leitung der Partei befand sich im wesentlichen bei den Nationalliberalen, aber es versteht sich, daß die Mannszucht keine allzustrenge sein konnte. Es war ja weniger eine Partei im politischen Sinne, als vielmehr ein Verein zur Pflege des nationalen Gedankens, der im übrigen den politischen Neigungen freies Spiel ließ. Daß dieser Verein auch jetzt noch ein Wirkungsfeld in Württemberg hat und noch nicht am Ende seiner Aufgabe ist, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden. Der Umstand freilich, daß der Verein zugleich im wesentlichen sich mit der liberalen Mittelpartei des Landes deckt, bringt eine gewisse Zwiespältigkeit in seine Aufgabe, die ihm aber noch nicht zu ernstlichem Schaden gereicht hat. Zumal seitdem die Deutschkonservativen sich losgesagt und eine eigne Partei gebildet haben und nicht mehr die Angehörigen, sondern nur die Verbündeten der deutschen Partei sind, ist für die letztere öfters die Versuchung herangetreten, in innern Landesangelegenheiten sich als eine eigentlich liberale Partei abzugrenzen, wobei freilich die Gefahr war, daß sie dadurch der gemäßigten konservativen Elemente, die ihr anhängen, verlustig ginge. Möglich, daß in einer künftigen Zeit einmal eine solche Scheidung unvermeidlich wird, wenn nämlich der Minister Hölder, der ehemalige Führer der deutschen Partei, mit seinen liberalen Organisationsentwürfen hervortritt, die er in Arbeit hat. Allem Anscheine nach aber hat es noch gute Weile, bis diese Arbeiten das Licht der Welt

erblicken, und so lange ist auch jene Scheidung mindestens kein Bedürfnis. Bisher hat sich in der deutschen Partei noch immer der Entschluß, in der bisherigen Weise und zu denselben Zwecken verbunden zu bleiben, stärker erwiesen als die Versuche, sie auf ein striktes politisches Programm zu verpflichten und einzuengen. Und was die Reichstagswahlen betrifft, so müßte es sehr sonderbar zugehen, wenn wir nicht auch künftig ganz dieselbe Parteistellung hätten wie bisher, nämlich auf der einen Seite die deutsche Partei und die Konservativen, auf der andern die Volkspartei und die Ultramontanen.



Literatur.

Taschenbuch für die Krankenpflege in der Familie, im Hospital im Gemeinde- und Armeindienst, sowie im Kriege. Herausgegeben von Geh. Med.-Rat Dr. L. Pfeiffer. Weimar, Böhlau, 1883.

Es ist unter Sachleuten bekannt, wie vortreflich es der Herausgeber dieses Taschenbuches versteht, die allgemein giltigen und notwendigen Gesundheitsregeln leicht verständlich dem niederen ärztlichen Personal darzustellen. Mit dem Taschenbuche wendet er sich an Ärzte, Heilbiener, Krankenpflegerinnen, Diakonissen u. s. w. Im Verein mit einer Anzahl tüchtiger Aerzte, welche nicht nur ihre Namen für das Titelblatt hergegeben, sondern fleißig mitgearbeitet haben, hat er hier ein Lehrbuch der Krankenpflege geschaffen, von kompendiöser Form und doch von so reichem und gediegenem Inhalte, daß Referent mit Vergnügen und Nutzen bald dieses, bald jenes Kapitel studirt hat.

Besonders erwähnen wollen wir, daß Pfeiffer mit Recht die Kosten dieser oder jener Behandlungsmethode, dieses oder jenes Kindernahrungsmittels betont, um der Pflegerin es zu ermöglichen, bei armen Leuten das billigste und relativ beste zu treffen. Von großer Interesse sind unter anderm die Angaben über die Kosten, welche ein junger Weltbürger durch seine Ankunft dem Hause macht, und zwar sind diese Kosten berechnet für die ersten zwanzig Wochen bei verschiedenem Wohlhabenheitsgrad und verschiedner Ernährungsweise. Wir erfahren aus diesen der Wirklichkeit entnommenen Aufzeichnungen, wie einer wohlthuirten Familie mit 6—10 000 Mark Einkommen das Kindchen bei Ernährung durch Muttermilch 399,20 Mark, also für den Tag 2,85 Mark kostete, während bei Kuhmilchernährung die Ausgaben auf 3,48 Mark, bei Gebrauch des Nestlé'schen Mehles auf 3,68 Mark und bei Ammenernährung auf 4,50 Mark stiegen. In der Familie eines Kaufmanns mit 2000 Mark Einkommen (Nestlé's Mehl) wurden 134,30 Mark, also 0,96 Mark für den Tag ausgegeben, während ein Schuhmacher mit 1000 Mark Einkommen, dessen Frau das Kind selbst nähren konnte, nur 15 Mark für sein Kind anlegte, also 0,11 für den Tag, und schließlich ist eine Proletariarfamilie in der Tabelle erwähnt, die keine Anschaffungen von Kinderwäsche machte und in zwanzig Wochen nichts ausgab als zwanzig Pfennige für Seife, damit die Windeln gewaschen wurden, und 1 Mark der Hebamme, sodaß auf den Tag 0,01 Mark Ausgaben kamen.